

Land wartet Raumordnung ab

Delmenhorst Ku wie 6. 1. 13

Projekt werde bei Bedarf zum Bundesverkehrsweegeplan nachgemeldet

Trotz des massiven Protests aus Delmenhorst schreiten die Planungen zum Neubau der Bundesstraße 212 voran: Die Linienbestimmung wurde Mitte Dezember vom Bundesverkehrsministerium bekannt gegeben, die Planungen für eine Ortsumgehung ebenfalls gewünscht. Da überraschte das niedersächsische Verkehrsministerium mit der Nachricht, die Umgehung nicht für den Bundesverkehrsweegeplan anzumelden.

VON ANDREAS D. BECKER

Delmenhorst-Ganderkese. Die Meldung machte sich sehr gut in der Vorweihnachtszeit, zumindest in der Nachbargemeinde: Niedersachsen hat die wegen des Neubaus der Bundesstraße 212 neu vorgesehene Ortsumgehung Delmenhorst nicht für den Bundesverkehrsweegeplan 2015 gemeldet. Das klang im Ganderkeseer Ohren so, als wenn man im Abwehrkampf einen wichtigen Erfolg erzielt habe. Für Delmenhorst war das eine schlechte Nachricht.

Aber ganz so rosig, wie sich die Nachrichtlage für Ganderkese interpretieren ließ, erweist sie sich bei Nachfrage doch nicht. Denn so ganz lehnen die Experten des Landesministeriums die Ortsumfahrung doch nicht ab, die vorbereitenden Untersuchungen gehen weiter. „Sobald im Raumordnungsverfahren ein Ergebnis für die Ortsumgehung vorliegt, wird über die Anmeldung des Projektes für den Bundesverkehrsweegeplan vom Land neu entschieden“, teilt Christian Budde, Sprecher im Verkehrsministerium mit.

Das Land will also weiterhin untersuchen, wo eine Straße, die nach der vorläufigen offiziellen Lesart prinzipiell als nicht notwendig erachtet wird, am besten gebaut werden kann. Das überrascht insofern, als ein Raumordnungsverfahren ein durchaus langwieriges und damit auch kostspieliges Unterfangen ist, was bei kompletter Ablehnung eigentlich nicht angesprochen werden müsste. Allerdings hat das Bundesverkehrsministerium bereits zwingend festgestellt, dass eine Ortsumgehung wichtig ist, um die auf Delmenhorst mit dem B-212-n-Neubau zukommenden Verkehrsprobleme lösen zu können. In einer Pressemitteilung aus Berlin vom 13. Dezember stand: „Durch den Bau der B 212 n ergeben sich erhebliche verkehrliche Auswirkungen für das Gebiet der Stadt Delmenhorst. Anfang 2011 hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung daher das Land Niedersachsen beauftragt, die Planungen für eine Umfahrung von Delmenhorst aufzunehmen.“

Was die Frage aufwirft, warum sich das Landesministerium gegen die Anmeldung im Bundesverkehrsweegeplan entschieden hat. Offiziell heißt es dazu: „Die Gemeinde Ganderkese und der Landkreis Oldenburg haben sich klar gegen die Meldung der Ortsumgehung ausgesprochen.“ Es werden also die Wünsche der Kommunen berücksichtigt – die Kommune Delmenhorst ist übrigens für die Ortsumgehung, zumindest wenn die B 212 gebaut wird. Und warum das Land den Wunsch der übergeordneten Behörde aus Berlin, die Planungen aufzunehmen, nicht befolgt, bleibt un-

klar. Inoffiziell könnte es dem Vernehmen nach auch damit zu tun haben, dass am 20. Januar der Landtag neu gewählt wird. Eine Ablehnung der Ortsumgehung aus dem FDP-geführten Ministerium dürfte den in Umfragen schwächelnden Liberalen und vor allem einem ihrer Spitzenleute in Hannover, dem Ganderkeseer Christian Dürr, ein wenig Rückenwind verschaffen.



Das Plakat der B-212-neu-Gegner könnte erweitert werden, denn es geht mittlerweile nicht mehr nur um die „Südkorridor“, sondern auch um die Ortsumgehung. FOTO: INGO MÖLLERS